

Sessionsforum Prämien und Schuldenabbau

Wegweisende Entscheide stehen an

Die hohen Energiepreise belasten die Kaufkraft der Bevölkerung, diesen Herbst kommt voraussichtlich ein Prämienchock hinzu. Die Politik muss handeln, auch beim EU-Dossier.

Von Martina Munz*

Die Krankenkassenprämien steigen und steigen, sie belasten die Haushalte immer stärker. Im Nationalrat werden zwei Volksinitiativen behandelt, die das Problem auf unterschiedliche Art angehen. Die Initiative der Mitte will eine Kostenbremse einführen. Die Gesundheitskosten dürfen nicht schneller steigen als die Löhne. Das Problem dabei: Die Mitte sagt nicht wie. Der Gegenvorschlag schlägt eine wirksame Kostensteuerung vor. Doch wie so oft im Gesundheitswesen, werden zielführende Massnahmen stark bekämpft, dieses Mal seitens der Ärzteschaft FMH und des Krankenkassenverbands. Alle Akteure im Gesundheitswesen sagen, es sei zu teuer, niemand will etwas abgeben. Eine Initiative der SP fordert, die Krankenkassenprämien auf maximal 10 Prozent des verfügbaren Haushalteteinkommens zu beschränken. Die vorbereitende Kommission hat auch bei dieser Initiative einen mehrheitsfähigen Lösungsvorschlag ausgearbeitet, mit welchem über zwei Milliarden Franken mehr für die Prämienverbilligung von Haushalten zur Verfügung stünden. Das würde die Kaufkraft von Personen und Familien stärken. Doch auch diese Vorlage wird es schwer haben.

In der Sommersession wird über den coronabedingten Schuldenabbau entschieden. Die Schweiz steht bezüglich Schuldenquote sehr gut da. Kein anderes westliches Land hat eine so tiefe Staatsverschuldung. Seit 2005 wurden Schulden von über 30 Milliarden Franken abgebaut, in der gleichen Höhe, wie sie nun durch Corona wieder entstanden sind. Eigentlich müssten deshalb keine Schulden abgebaut werden. Doch das Finanzhaushaltgesetz verlangt einen Abbau in sechs Jahren. Das hätte ein drastisches Sparprogramm oder massive Steuererhöhungen zur Folge. Die Finanzkommission schlägt darum einen Mittelweg vor: Schulden sollen während 15 Jahren abbezahlt werden. Auch dieser Mittelweg wird grossen Spardruck auslösen, zumal das Parlament zusätzlich Mehrausgaben von 3 Milliarden Franken für die



Verteidigung beschlossen hat. Forschung und Bildung, Landwirtschaft und die internationale Entwicklungshilfe könnten darunter leiden. Zusätzliche Ausgaben zur Bewältigung der Klimakrise, Altersvorsorge oder Individualbesteuerung blieben auf der Strecke, obwohl dieser Spardruck nicht nötig wäre.

In der letzten Woche ist im Nationalrat ein Richtungsentscheid zu den Verhandlungen mit der EU zu erwarten. Die Aussenpolitische Kommission hat die Motion «Dringliche Massnahmen zugunsten des Schweizer Forschungs-, Bildungs- und Innovationsstandortes» eingereicht. Diese fordert eine möglichst rasche Assoziation der Schweiz an das EU-Rahmenprogramm für Bildung, Forschung und Innovation. Aufgrund der aktuellen Situation ist die Zukunft des Forschungs- und Innovations-

«Das würde die Kaufkraft von Personen und Familien stärken. Doch auch diese Vorlage wird es schwer haben.»

platzes Schweiz in Gefahr. Diesen Frühling war ich Teil einer SP-Delegation, die in Brüssel der Stimmung der EU-Kommission nachspürte. Der für das Schweiz-Dossier zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Maros Sefcovic zeigte sich sehr offen für Gespräche und ist auch bereit, in die Schweiz zu reisen, um über die Beziehung Schweiz-EU zu diskutieren. Die Türen für Verhandlungen mit der EU sind keineswegs verschlossen. Der Krieg in der Ukraine hat erneut gezeigt, dass wir mit der EU eine Wertegemeinschaft bilden und zusammenarbeiten müssen. Ein Abkommen mit der EU wäre für unsere Versorgungssicherheit, Handel und Standortattraktivität entscheidend. Nun muss die Politik handeln.

*Martina Munz ist SP-Nationalrätin aus Schaffhausen.

Kommentar

Das Potenzial nicht vorauseilend vergeben

Wer Angst hat, dass der Rheinfall mit einem neuen Wasserkraftwerk zu einem Rinnsal verkommt, der täuscht sich oder kennt den Rheinfall im Winter nicht, wenn er bei Niedrigwasser schon jetzt nicht zu vergleichen ist mit seinem Sommerkleid aus tosender Gischt. Würde ein Teil des Wassers statt den Rheinfall hinunter durch die Turbinen eines Flusskraftwerks fließen, hätte dies



Dario Muffler
Leiter Kantonsressort

dario.muffler@shn.ch

«90 Gigawattstunden Strom im Jahr sind definitiv eine Abwägung wert.»

aber ohne Zweifel Auswirkungen auf den Wasserfall und seine Umwelt. Welche das genau sind, gilt es sauber zu klären. Doch es ist im Grundsatz nur richtig, dass das bisher herrschende Denk- und Projektierungsverbot vom Kantonsrat aus dem Schaffhauser Wasserwirtschaftsgesetz gestrichen worden ist. Denn was sich abzeichnet hat, wurde durch den Krieg in der Ukraine erstmals spürbar: Energie wird teurer und knapper. Davon ist die Schweiz nicht ausgenommen. Ein kleines Land, das sich ein ambitioniertes Klimaziel gesteckt hat, tut deshalb gut daran, alle möglichen Potenziale für erneuerbare Energien zu prüfen und nicht per se links liegen zu lassen. Auch wenn das manchen Kreisen entsprechen würde. Wir sind heute aber in der Situation, in der wir Abwägungen treffen und Kompromisse eingehen müssen. 90 Gigawattstunden Strom im Jahr – so viel dürfte der Rheinfall produzieren – sind definitiv eine Abwägung wert. Für diese Strommenge müssten vier Chrobach-Windparks gebaut werden. Dass die Verbände nun kein Referendum gegen das Gesetz ergreifen, ist gut und lässt nun Planungen zu.

Leserbriefe

Gleichberechtigung? – Sie hört offenbar beim Bezahlen auf

Zu «Für ein gleichberechtigtes Nebeneinander», SN vom 25. Mai

Es erstaunt immer wieder, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Vertreter im Namen von Pro Velo für ihre umweltchonende und CO₂-freie Mobilität einsetzen.

Grundsätzlich wäre da nichts einzuwenden, wenn auf Forderungen verzichtet würde. Strassen wurden stets für vier- oder fünf- oder sechs-achsige Fahrzeuge gebaut und Fusswege für Fussgänger. Die Zeiten haben sich geändert!

Der Verkehr hat mitunter durch das Ansteigen der Bevölkerung und deren Mobilitätsverhalten zugenommen. Strassen und Wege werden von unterschiedlichsten Benutzern beansprucht, und stets bleibt die Frage offen, wer für deren Unterhaltskosten oder für einen Neubau zur Kasse gebeten werden soll. Selbstredend hat der «Staat» dafür aufzukommen und der «Staat» fordert dafür Steuern. Hier zeigt sich allerdings, wer für die Mobilität aus eigener Tasche einen Beitrag leistet. Es sind die privaten Transportunternehmer, Motorrad- und Autofahrer, die über Treibstoffsteuern, CO₂-Zuschläge und Fahrzeugsteuern Geld in die «Staatskasse» liefern. Vielen der zahlenden Strassen-Benutzer ist unbekannt, dass davon ein bestimm-

ter Teil in die AHV, ein anderer in die Bundeskasse fließt und von dort unter anderem die horrenden Kosten des öffentlichen Verkehrs mitsubventioniert. Ein weiterer Teil der Steuern wird den Kantonen für ihre Strassensysteme zugesprochen, der dann je nach Zusammensetzung der Kantonsräte tatsächlich auch für den Strassenunterhalt und Strassenprojekte verwendet wird. Aus diesem Geldtopf sind auch vielerorts neue Velowege bezahlt worden, was sicherlich sinnvoll war und ist besonders dort, wo Strassen stark benützt werden und beispielsweise keine Verbreiterungen möglich sind.

Verkehrsverhältnisse in einer Stadt zu lösen, ist schwierig, war schwierig und wird schwierig bleiben, je mehr Menschen die Mobilität ausnützen. Rücksichtnahme im heutigen Stadtverkehr scheint für gewisse Verkehrsteilnehmer ein Fremdwort zu sein, und ausgerechnet den Velofahrern mit und ohne Motorchen werden sogar seltsame Zustände bezüglich der Verkehrsregeln gemacht. Bei jeder Fahrzeugkontrolle wird bei Autos und Motorrädern die Einstellung der Scheinwerfer überprüft. Für E-Fahrräder wird in Kauf genommen, dass Gegenverkehr und Fussgänger geblendet werden. Extreme Lichtquellen sind dort meist demontierbar angebracht und garantieren kaum eine sichere Einstellung. Trottoirs werden nicht mehr nur von Fussgängern und berechtigten Kindern mit Velo benützt!

Demgegenüber wird Tempo 30 aus Sicherheitsgründen verlangt und vorgeschrieben, obwohl jeder Automobilist seit der ersten Fahrstunde weiss, dass die Geschwindigkeit der Verkehrssituation angepasst werden muss. Zwecks Lärmschutz und damit die Bremsen ja nicht einrostet also Tempo 30 auch bei Talwärts-Fahrt. Wer sein Augenmerk dabei auf die Strasse, und nicht auf den Geschwindigkeitsmesser heftet, riskiert eine Busse – zugunsten der Staatskasse – selbstredend Velofahrer ausgenommen! Gleichberechtigtes Nebeneinander soll noch gleichberechtigter ausgebaut werden? Beim Bezahlen der Mobilität scheint bei Pro Velo die Gleichberechtigung aufzuhören!

Max Zimmermann
Schaffhausen

Verschwendung von Steuergeldern

Zu «620 000 abgelaufene Corona-Impfdosen», SN vom 27. Mai

Im Artikel über die üppig bestellten und nun abgelaufenen 620 000 Moderna-Impfdosen wird nur von den ungefähren Entsorgungskosten berichtet. Interessant wäre doch noch zu wissen, was dieser Impfstoff den Steuerzahler gekostet hat?

Gabi Krüsi
Gächlingen

Pressestimmen Öl-Embargo gegen Russland

the guardian

Tages-Anzeiger

«Das auf dem EU-Gipfeltreffen in Brüssel beschlossene Teil-Embargo für russische Öl-Einfuhren stellt eine bedeutende, wenn auch verspätete Verschärfung des wirtschaftlichen Drucks auf das Regime von Putin dar. Nach einmonatigen Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten konnten die Einwände Ungarns schliesslich durch eine befristete Ausnahmeregelung überwunden werden. In Verbindung mit anderen Sanktionen wird dies dazu führen, dass Moskau Ressourcen für einen langwierigen Zermürbungskrieg entgegen werden.» (The Guardian)

聯合早報

«Nicht nur an der blockierenden Haltung des ungarischen Präsidenten Orbán, auch an dem entschlossenen Nein des türkischen Präsidenten Erdogan gegen eine Norderweiterung der Nato ist eine Entwicklung im Westen zu beobachten: Je länger der Krieg zwischen Russland und Ukraine andauert, desto belastender wird die Unterstützung für Kiew. Anders als zu Beginn der russischen Invasion werden in Europa zunehmend Stimmen laut, die der Ukraine nicht mehr bedingungslos Beistand leisten wollen.» (Lianhe Zaobao)

THE WALL STREET JOURNAL

«Die Sanktionen werden zwar das Blatt nicht wenden, sie erhöhen aber die Kosten für Putin. Und sie zeigen, dass Europa bereit ist, wirtschaftliche Opfer zu bringen, um der Ukraine zu helfen. Die Europäer wären wirtschaftlich weitaus weniger verwundbar, wenn sie sich nicht abhängig von russischem Öl und Gas gemacht hätten. Aber nachdem Europa diesen Fehler gemacht hat, versucht es nun, sich vom Energie-Druckhebel des Kreml zu befreien. Das Öl-Embargo ist ein Schritt in die richtige Richtung.» (Wall Street Journal)